

Deutsches Institut für Urbanistik, Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales

## **Projekt: Flüchtlinge im Fokus – neue Herausforderungen für die Kommunen**

### **Ergebnisprotokoll**

### **Fachgespräch**

**8. Dezember 2015, 13.00 bis 17.15 Uhr**

**Ort:** Deutsches Institut für Urbanistik – Difu, Zimmerstr. 13-15, 10969 Berlin

**Tagesordnung:** siehe Anlage 1 zum Protokoll

**Teilnehmerinnen und Teilnehmer:** siehe Anlage 2 zum Protokoll

**Protokoll:** Magdalene Rakel, Gudrun Kirchhoff

### **Begrüßung**

*Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, Difu*

Die Flüchtlingssituation in Deutschland hat sich in den letzten Monaten erheblich zugespitzt und auch die zukünftige Entwicklung ist kaum prognostizierbar. Es besteht derzeit eine große Unsicherheit, mit welcher Zahl an Flüchtlingen und Asylbegehrenden wir gegenwärtig und vor allem auch in Zukunft umgehen müssen. Prognoseunsicherheiten treten ebenfalls bei der räumlichen Verteilung von Zuwanderern auf, weshalb zunehmend über die Wiedereinführung der Residenzpflicht diskutiert wird.

Es ist im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung dringend erforderlich, parallel zu den unvermeidbaren ad-hoc-Maßnahmen den Fokus auf konzeptionelle Herangehensweisen zu legen bzw. diese mittel- bis langfristig so weiterzudenken, dass sie auch Aussicht auf Erfolg haben. Durch unsere Erfahrungen wissen wir, dass die Städte, und damit auch die Klein- und Mittelstädte, vorrangige Ziele der Zuwanderung sind, u.a. weil dort die Wahrscheinlichkeit am höchsten ist, Angehörige der eigenen Ethnie anzutreffen. Darüber hinaus wissen wir durch die Stadtsoziologie, dass die Städte am ehesten geeignet sind, die Integration von Zuwanderern zu gewährleisten.

Um dabei erfolgreich zu sein, sind die Erstellung integrierter Konzepte und die Überprüfung bestehender Konzepte hinsichtlich ihrer Integrationskraft von zentraler Bedeutung. Dieser Anspruch gilt für alle staatlichen Ebenen. Integrierte Betrachtungsweisen sind insbesondere auch deshalb notwendig, als dass zunehmend Zielkonflikte zwischen der Schaffung von Flüchtlingsunterkünften und anderen Anforderungen, wie die Vermeidung von ghettoähnlichen Konzentrationen, Erhalt von Freiräumen etc., sichtbar werden.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen auch, dass eine kontinuierliche Beschäftigung mit dem Thema wichtige Voraussetzung für den Erfolg ist. Dafür müssen die erforderlichen Ressourcen bereit stehen. Dies umso mehr, als die Zuwanderung keine temporäre Erscheinung sein wird.

## **Themenkomplex: Kommunale Integrationspolitik**

*Impulsbeitrag: Jan Hambura, Geschäftsstelle des Beirats für Zusammenhalt beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin*

*Moderation: Gudrun Kirchhoff, Difu*

In ihrer Anmoderation referiert Gudrun Kirchhoff zunächst einige statistische Angaben des Bundesinnenministeriums zur Anzahl der Flüchtlinge. Bis November 2015 sind knapp eine Million Geflüchtete im Easy-System registriert worden, davon kommen rund die Hälfte der Menschen aus Syrien, eine weitere große Gruppe aus Afghanistan, gefolgt vom Irak. In dieser Statistik sind noch die Herkunftsländer Albanien und Kosovo erfasst, allerdings spielten diese beiden Länder bereits im November aufgrund der Festlegung als sichere Herkunftsstaaten keine Rolle mehr. Bislang konnten 425.000 Personen, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, einen Asylantrag stellen, folglich warten noch immer mehr als 500.000 Menschen auf die Möglichkeit einer Antragstellung.

Diese Diskrepanz stellt insbesondere auch für die Kommunen eine große Herausforderung dar, da die Asylsuchenden – ohne einen Antrag gestellt zu haben - aus den Erstaufnahmeeinrichtungen an die Kommunen übermittelt werden. Aufgrund dieser ad-hoc-Zuweisungen kommen die Kommunen immer wieder in Engpässe bei der Bereitstellung von Unterkünften; an langfristige Integrationskonzepte ist gar nicht zu denken – dafür fehlen schlicht die Kapazitäten.

Wie aber muss eine langfristige Planung aussehen? Welche Konzepte und Strategien müssen angedacht werden? Was ist mit den bestehenden kommunalen Integrationskonzepten und wie müssen diese weiterentwickelt werden? Reichen die derzeitigen Strukturen für die Anforderungen aus, die auf die Kommunen zukommen? Diese und weitere Fragen sollen im Verlauf des Fachgesprächs erörtert werden.

*Jan Hambura* leitet die Geschäftsstelle des *Beirats für Zusammenhalt*, welcher aus vier ehemaligen Landespolitikern besteht (Eberhard Diepgen, Heidi Knake-Werner, Ingrid Stahmer und Wolfgang Wieland) und als Beratungsgremium für die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales in Flüchtlingsfragen fungiert. Hauptziel ist die Stärkung der Zivilgesellschaft.

Wichtigste Institution für Flüchtlingsfragen ist das Landesamt für Gesundheit und Soziales, kurz LaGeSo. Ein Teil des LaGeSo wurde mittlerweile ausgegliedert und in die Berliner Unterbringungsleitstelle umgewandelt, die für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständig und direkt beim Staatssekretär für Soziales angesiedelt ist. Außerdem gibt es einen berlinweiten Koordinierungsstab „Flüchtlingsmanagement“, der rund um die Uhr im Einsatz ist. Dieser stellt eine Art Parallelstruktur zum LaGeSo dar und übernimmt all das, was das LaGeSo nicht leisten kann. Dieser Koordinierungsstab wird vom Staatssekretär für Soziales und einem neuen Staatssekretär, dem ehemaligen Polizeipräsidenten Dieter Glietsch, geleitet. Eine weitere wichtige Berliner Institution ist der „Runde Tisch“, bei dem vierteljährlich die Senatsverwaltungen mit den wichtigen Verbänden und Akteuren der Zivilgesellschaft zusammenkommen.

In Berlin als Stadtstaat funktioniere die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen leider nur schleppend; die Zuständigkeiten sind auf das Land sowie auf die zahlreichen Bezirke verteilt. Ein sozialraumorientiertes, berlinweites Integrationskonzept existiere derzeit nicht, das werde auch an der Situation in der Notunterkunft in dem Hangar des ehemaligen Flughafens Tempelhof deutlich. Im Moment kommen ca. 600 Menschen pro Tag in Berlin an, die untergebracht und versorgt werden müssen; das bedeutet einen Bedarf von täglich drei bis vier Turnhallen für die Unterbringung. Derzeit gebe es keine größeren Objekte, die schnell ertüchtigt werden könnten; man habe versäumt, größere Projekte voranzutreiben und sich stattdessen auf die Errichtung von Notunterkünften konzentriert (es wurden sechs Containerdörfer gebaut). Manchmal werden noch abends Betreiber für Turnhallen gesucht, die innerhalb von zwei Stunden die Objekte bezugsfertig machen sollen. Oftmals werden solche Turnhallen von Security-Firmen oder Einmann-Betrieben übernommen. Die Verpflichtung von Betreibern werde allerdings immer schwieriger, da teilweise die Rechnungen vom LaGeSo nicht bezahlt wurden. Insgesamt werde diese

Behörde sehr schlecht verwaltet: so wurden 700 Angebote für Gemeinschaftsunterkünfte nicht bearbeitet, weil die Personalkapazitäten dafür fehlten. Nun gebe es eine riesige Lücke zwischen dem Bedarf an Unterbringungsplätzen und den real existierenden in Berlin. Bis Mitte des kommenden Jahres sollen nun 60 Standorte in modularer Bauweise mit 30.000 Plätzen bereitgestellt werden. Bei einer angenommenen Zuwanderung nach Berlin von 500 Menschen pro Tag reicht das 50 Tage. Sonst gibt es keine weiteren Unterbringungskapazitäten; Tempelhof wird erweitert werden.

Viele Stadtteilzentren und Vereine kümmern sich um weitergehende Fragen der Integration. So hat Barbara John, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Berlin, beispielsweise das Projekt „Work for Refugees“ initiiert. Auf einer Internetplattform können sich Asylsuchende registrieren und aufgrund ihrer eingegebenen Daten werden sie dann an entsprechende Beratungsstellen vermittelt, die sie bei der Arbeitssuche unterstützen. Bürgerschaftliches Engagement sei in Berlin sehr weit verbreitet, insbesondere in gut bürgerlichen Kreisen. Viele der Ehrenamtlichen seien jedoch mittlerweile ausgebrannt, häufig fehle ihnen die professionelle Distanz; zudem entstünden zunehmend Spannungen zwischen dem Ehren- und Hauptamt. Unter den integrationspolitischen Akteuren lässt sich eine Ratlosigkeit wahrnehmen. Man versucht immer wieder Herr der Lage zu werden, aber es gelingt nicht!

### **Ergänzende Berichte aus dem Landkreis Osnabrück und der Stadt Neu-Isenburg, Kreis Offenbach**

Aufgrund der bestehenden Erstaufnahmeeinrichtung in Bramsche, in der rund 4.000 Menschen unterbracht sind, wurden dem Landkreis Osnabrück selbst vom Land Niedersachsen bislang nur 1.000 Flüchtlinge zugewiesen. Bramsche hat im Normalbetrieb 600 Plätze, die Kapazitätsgrenze liegt bei 1.200 Menschen.

Der Landkreis Osnabrück hat im letzten Herbst ein Integrationskonzept aufgestellt, das ein Migrations- und Sprachförderkonzept enthält. Flüchtlinge wurden zwar mitgedacht, erhielten aufgrund der Anzahl aber keine hohe Priorität. Da im nächsten Jahr jedoch rund 3.000 bis 4.000 Geflüchtete im Landkreis erwartet werden, wurde bereits eine „Task Force“ unter Beteiligung der Kommunen eingerichtet. Damit die Unterbringung reibungslos funktioniert, können die Kommunen in Absprache mit dem Landkreis „Wohnraum auf Vorrat“ anmieten.

Auch Herr Hülsmann vom Landkreis Osnabrück bestätigt die hohe Belastung der vielen Ehrenamtlichen und zunehmende Konflikte zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. Um Nachhaltigkeit beim ehrenamtlichen Einsatz zu erreichen, wird die Hilfe in den Kommunen koordiniert. Der Landkreis stellt den Kommunen Mittel für die Flüchtlingsbegleitung und Flüchtlingssozialarbeit zur Verfügung, die ein professionelles Handeln in den Kommunen und eine Betreuung der Ehrenamtlichen ermöglichen.

In Neu-Isenburg (37.000 Einwohner), vertreten durch Frau Fabbri Lipsch, stelle sich die Situation im Vergleich zu Berlin anders dar. Aufgrund der Größe der Stadt seien die Verwaltungswege kürzer, vorteilhaft sei zudem, dass es eine städtische Wohnungsbaugesellschaft gebe. Einige Zuständigkeiten lägen beim Landkreis und nicht bei der Stadt, was die Umsetzung manchmal erschwere. Positiv sei das Vorhandensein von Strukturen, wie ihre Aufgabe als Integrationsbeauftragte der Stadt. Dadurch konnten relativ schnell Sprachförderangebote für Flüchtlinge als freiwillige Leistung der Kommune aufgebaut werden. Allerdings werden diese mühsam aufgebauten Strukturen derzeit von den neuen Sprachkursangeboten des BAMF für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive gefährdet. Die Eingrenzung der Integrationskurse auf die Herkunftsländer Syrien, Irak, Iran und Eritrea berge großes Konfliktpotential zwischen den verschiedenen Ethnien.

### **Diskussion**

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), vertreten durch Martin Lauterbach, nehme diese Schilderungen gerne auf und sei dankbar für Rückmeldungen aus den Kommunen. Die Sprachkurse des BAMF wurden für AsylbewerberInnen aus Herkunftsländern mit guter Bleibeperspektive (Syrien, Iran,

Irak, Eritrea) geöffnet. Im Rahmen des neuen Asylbeschleunigungsgesetzes wurde versucht, gewisse Fördergebiete zu bündeln. Ziel sei ein kohärentes System der Sprachförderung und nicht, Konkurrenzen zu schaffen. *Herr Lauterbach* betont, dass es großen Koordinierungswillen und viel Flexibilität im BAMF gebe. So funktioniere die Zusammenarbeit zwischen der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen von Berlin und dem BAMF im Bereich Sprachförderung gut. Der Senat handhabe die Finanzierung subsidiär: Menschen, die in Sprachkursen des Bundes untergebracht seien, seien von den Programmen des Senats Berlin ausgeschlossen. Es besteht Konsens darüber, dass die Sprachkurse mit einer beruflichen Qualifizierung verbunden werden sollten.

Man müsse sich vor allem um die jungen Leute kümmern, beschwor *Prof. Keim, ehemals Direktor des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung*. Etwa 70 Prozent der Flüchtlinge und Asylbewerber seien junge Männer. Ohne Integrationsangebote und sichtbare gesellschaftliche Perspektiven bestehe die Gefahr der Radikalisierung. Ansatzpunkte sieht er in einer koordinierten Sozialplanung in Verbindung mit politischer Bildungsarbeit. Der Schwerpunkt müsse dabei auf die kommunale Ebene gelegt werden, da es die Kommunen sind, die direkten Kontakt zu den Menschen haben. Daneben können die Migrantenorganisationen mit ihren Stärken viel besteuern. Deren Einbeziehung erfolge bislang nur teilweise; es gäbe aber auch positive Beispiele, wo Erfahrungen aus langjähriger Zusammenarbeit genutzt werden, so *Mamad Mohamad vom Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt*.

Insgesamt, so *Claudia Walther von der Bertelsmann Stiftung*, fehle eine systematische Verzahnung von Ressourcen und Akteuren, wie es für eine derartige Querschnittsaufgabe notwendig wäre. Vor allem seien die Probleme hinsichtlich Wohnraum und Integration nicht neu, sie treten nur durch die starke Zuwanderung deutlicher zu Tage. Mittel für den sozialen Wohnungsbau, soziale Leistungen sowie Personal in den öffentlichen Verwaltungen seien in den letzten Jahrzehnten massiv abgebaut worden. All das führe in Krisensituationen zu kumulierten Entwicklungen. Alle Teilnehmenden zeigten sich überrascht bis erschüttert, dass Deutschland in Krisensituationen so schlecht aufgestellt ist. Als hochkomplexe Wirtschaftsnation neige Deutschland zum Perfektionismus; Flexibilität und Improvisation seien nicht seine Stärken, aber in solchen Situationen notwendig und hilfreich, merkte *Michael Allimadi vom Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat* an. Diese Krisensituation eröffne die Chance, die existierenden Systeme und Strukturen entsprechend anzupassen.

Laut *Doris Dickel vom Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration* seien insbesondere diejenigen Kommunen, die in den letzten Jahren ihre kommunale Integrationspolitik strategisch ausgerichtet und Strukturen geschaffen hätten, besser aufgestellt, um die Herausforderungen zu meistern. Die größte Herausforderung bestehe darin, für anerkannte Flüchtlinge Wohnraum zur Verfügung zu stellen und diese langfristig in die Quartiere zu integrieren. Dabei stehen Geflüchtete mit anderen von Wohnungsnot Betroffenen wie Obdachlosen, sozial Schwachen etc. in Konkurrenz. Die Kommunen können die Schaffung von Wohnraum nicht allein stemmen, da müsse der Bund tätig werden. Zudem sei die Unterbringung von Flüchtlingen nicht nur in den alten Bundesländern, sondern auch in den neuen Bundesländern problematisch.

Die vorhandenen Netzwerke und Strukturen in den Stadtteilen sind dabei wichtige Andockpunkte, dies zeige sich insbesondere in den Quartieren der „Sozialen Stadt“, doch auch die Städtebauförderungsprogramme müssen hinsichtlich der Querschnittsaufgabe „Integration“ überprüft und weiterentwickelt werden. Insgesamt wird die Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierung wichtig werden.

Im Moment fehle es an einer Ankommens- und Bleibekultur. Ehrenamtliche hätten dabei eine wichtige „Botschafterrolle“ inne, die von Seiten der Verwaltung und Politik ausreichend anerkannt und wertgeschätzt werden müsse, so *Michael Allimadi*. Sie würden ihre (positiven) Erfahrungen mit Asylsuchenden an ihre Nachbarn, Familien, Freunde usw. kommunizieren und somit in die Gesellschaft hineinwirken. Daher sei die Einbindung und Förderung von Ehrenamtlichen von großer Bedeutung, insbesondere dann, wenn es zu negativen Stimmungen in der Bevölkerung kommt.

## **Themenkomplex: Wohnen**

*Impulsbeitrag: Jürgen Schweinberger, Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg*

*Moderation: Ricarda Pätzold, Difu*

Das Flächenland Brandenburg ist von wachsenden und schrumpfenden Wohnungsmärkten zugleich geprägt. Diese Situation sei nicht neu, sondern werde durch die Flüchtlingszuwanderung lediglich verstärkt. Die Metropole Berlin mit ihrem angespannten Wohnungsmarkt strahle nach Brandenburg aus, wodurch im Speckgürtel eine ähnliche Situation bestehe. Die eher peripheren Regionen seien dagegen von stark schrumpfenden Wohnungsmärkten gekennzeichnet (bis 2030 eine Bevölkerungsabnahme von 13 Prozent). Vor diesem Hintergrund müssen sehr unterschiedliche Strategien im Hinblick auf Stadtentwicklung und Wohnen entwickelt werden.

Derzeit kommen rund 200 Flüchtlinge pro Tag nach Brandenburg. Problematisch werde es, wenn diese aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in das Übergangswohnen entlassen werden. Dies sei zunächst ein quantitatives Problem, weitaus herausfordernder werde der nächste Schritt - die langfristige Unterbringung und Integration ins Stadtquartier.

In den schrumpfenden Regionen des äußeren Entwicklungsraums seien in den letzten Jahren mit Unterstützung des Bundes 60.000 Wohnungen (überwiegend Plattenbauwohnungen) abgerissen worden. Nichtsdestotrotz befänden sich in Stadtumbaukulissen noch weitere 39.000 leerstehende Wohnungen. Aufgrund der außergewöhnlichen Situation setze nun das Land – in Abstimmung mit dem Bund – die zur Verfügung gestellten Rückbaumittel (17,5 Mio.) für die Wiederbewohnbarmachung von leerstehenden Wohnungen ein. Hier zeige sich, dass hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung in Zukunft integrierte Förderansätze wichtig werden, weniger spezifische Programme. Die Städtebauförderung müsse mit stadträumlichen Strategien und Perspektiven sowie mit anderen Programmen verbunden werden.

Mit den Rückbaumitteln hätten in Brandenburg 4.000 Wohnungen reaktiviert werden können. Allerdings sei diese Strategie in der Wohnungswirtschaft nicht gleich auf offene Ohren gestoßen. Die Genossenschaften verweigern sich komplett. Die Kommunalen Wohnungsunternehmen seien offener, wenn auch sehr bescheiden. Als Ergebnis sind 1.600 Wohnungen reaktiviert worden. Der Leerstand sei zudem dispers und ermögliche so eine dezentrale Unterbringung.

Größere Probleme ergäben sich in den wachsenden Märkten. 50 Kommunen im Speckgürtel mussten sich in den letzten 20 Jahren nicht mit sozialer Wohnungspolitik beschäftigen: sie haben keine Wohnungsunternehmen, es gibt keine Bodenbevorratung und Bauleitplanung für sozialen Wohnungsbau sowie keine integrierten Stadtentwicklungskonzepte. Das Land hätte den Fehler gemacht, sich vor allem mit schrumpfenden Städten zu beschäftigen. Im Berliner Umland müsse dringend bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, weshalb das Fördervolumen zunächst von 40 auf 70 Mio. Euro und nun auf mehr als 100 Mio. Euro für sozialen Wohnungsneubau aufgestockt worden sei. Im nächsten Jahr sollen zunächst 2.000 neue Sozialwohnungen im Berliner Umland entstehen. Ein Zusatzproblem sei, dass es kein attraktives Förderinstrument gebe, weil die Zinsen so niedrig sind. Das Land Brandenburg böte nun eine Kombination aus Darlehen und Zuschüssen an und schreibe 25 Prozent Besetzungsrechte für Asylbegehrende vor.

## **Diskussion**

In der derzeitigen Situation müsse die organisierte Wohnungswirtschaft die Spitze der Bewegung sein, so *Jürgen Schweinberger*. Die Probleme ließen sich nicht durch steuerliche Anreize für Private lösen. Gerade in angespannten Wohnungsmärkten müssen die Genossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen aktiver werden.

Auf die wichtige Rolle der kommunalen Wohnungsunternehmen wies auch *Olaf Mangold vom GdW Bundesverband der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen* hin. Er beschwor, die kommunalen Wohnungsbestände zu halten. Er plädiert für eine dezentrale Unterbringung und gegen Großwohnsiedlungen am Rand der Städte, wie sie in den 1970er Jahren entstanden. Insgesamt gebe es zu wenig bezahlbaren Wohnraum – und das nicht nur für Flüchtlinge. Eigentlich hätten schon in diesem Jahr 400.000 WE geschaffen werden müssen, um überhaupt die Defizite der letzten Jahre aufzuholen. Auch im nächsten Jahr sei nicht gesichert, dass ausreichend Wohnungen gebaut werden. Richtung Bundesregierung fordert er, verstärkt über Typengenehmigungen, serielles Bauen, Nachverdichtung etc. nachzudenken. Erst wenn eine ausreichende Zahl an Wohnungen zur Verfügung stünde, eröffne sich die Möglichkeit, die Verteilung von Asylbegehrenden durch Anreize zu steuern, so *Dr. Andreas Kapphan*.

Gemäß Landesintegrationskonzept Brandenburg sollen Asylsuchende integraler Bestandteil der Demografiestrategie sein. *Dr. Jutta Aumüller vom Institut für Demokratische Entwicklung und soziale Integration* erkennt jedoch keine Umsetzungsperspektiven und wünscht eine breitere politische Debatte dieses naheliegenden Themas. *Laut Andreas Kapphan* spricht einiges dafür, dass Zuwanderer sich dahin bewegen, wo es Arbeit und Bildungsmöglichkeiten gibt. Sei das nicht der ländliche Raum sondern die Ballungsräume, sei das schade für die demografische Entwicklung schrumpfender Regionen, aber unter anderen Gesichtspunkten wiederum sinnvoll. Durch Strukturen vor Ort könne versucht werden, dass Zuwanderer in bestimmten Regionen, in denen sie übergangsweise untergebracht sind, bleiben. Um demografische Effekte zu erzielen, müsse die Attraktivität von kleinen Städten und ländlichen Regionen gestärkt werden. Eine Steuerung erscheint auch *Claudia Walther* schwierig, wenn man Asylbegehrende nicht dazu zwingen möchte, an einem bestimmten Ort zu bleiben. Der Deutsche Landkreistag diskutiert derzeit die Vor- und Nachteile einer Wiedereinführung der Residenzpflicht für Asylbegehrende.

Die Kommunen könnten sich durch die Fortschreibung ihrer integrierten Stadtentwicklungskonzepte besser aufstellen, so *Anja Nelle vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung*. Allerdings bestünde auch hier die Herausforderung, Strategien für eine Gruppe zu entwickeln, die ggf. nicht dauerhaft an einem Ort bleibe (wie z.B. auch Studierende).

Die Wohnungsunternehmen im Quartier seien bereit, ihre Integrationsarbeit vor Ort zu stärken. Integration finde zunächst im Quartier statt, weil die Menschen dort ankämen. Der GdW wünscht sich eine Art Sonderprogramm „Integration“, um Nachbarschaftszentren etc. etablieren zu können. *Prof. Keim* warnt allerdings davor, dass soziale Kontakte durch bauliche Begegnungsstätten allein nicht geschaffen werden können und schon gar nicht normativ forciert werden sollten. Es können aber Angebote/Möglichkeiten entwickelt werden, aus denen heraus Menschen von sich aus Initiativen ergreifen. Auch *Mamad Mohammad* betont die Relevanz von freiwilligen Angeboten und Räumen im Quartier, wo Menschen zusammenkommen, sich kennenlernen und soziale Bindungen aufbauen können. Denkbar seien auch Integrationslotsen, die direkt im Quartier tätig sind und persönlichen Kontakt zu den verschiedenen Bewohnergruppen suchen. Derartige Anlaufstellen müssten betreut und unterstützt werden, sonst laufe Integration ins Leere. Eine integrierte und angepasste bzw. flexibilisierte Förderkulisse erscheine hier wiederum erforderlich.

## Themenkomplex: Ehrenamtliches Engagement

Impulsbeitrag: Mamad Mohamad, Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA e.V.)

Moderation: Dr. Bettina Reimann, Difu

Mamad Mohamad ist Geschäftsführer des LAMSA e.V. und Mitbegründer des Flüchtlingsfonds Sachsen-Anhalt. Seit 2010 ist er Mitglied des Landesintegrationsbeirats in Sachsen-Anhalt und seit 2011 Mitglied des Ausschusses Landesjugendhilfe. Das Landesnetzwerk ist der Dachverband für Migrantenvereine in Sachsen-Anhalt und wurde 2007 als politisches Experiment gestartet. Das Netzwerk vertritt Migrantinnen und Migranten verschiedener Kulturen und Nationen; bis heute sind über 100 Organisationen beigetreten.

Menschen mit Migrationshintergrund stellen immer die „Erste-Hilfe-Station“ für Geflüchtete dar: sie sprechen die gleiche Sprache und können Orientierung geben. In Kulturgemeinden kommen die Menschen zusammen und nutzen bestehende Angebote gemeinsam. Auch viele Einheimische unterstützen bestehende Migrantenorganisationen vor Ort und tragen dazu bei, dass interkulturelle Öffnung gelebt wird.

Wichtig seien Supervisionsangebote für die ehrenamtlichen Helfer und die Berücksichtigung der Ressourcen der Migrantinnen und Migranten im Ehrenamt. Insgesamt müsse die Ausbildung der Ehrenamtlichen verbessert werden, z.B. durch das Erlernen von Fremdsprachen. Teilweise existiere eine Überforderung des Hauptamtes durch die zahlreichen „helfenden Hände“. Hilfe müsse durch Fachpersonal koordiniert und Bedarfe und Angebote aufeinander abgestimmt werden.

### Diskussion

Hervorgehoben wurde das vielfältige ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung; dies sei eine große Ressource. Menschen mit Migrationshintergrund nehmen hier eine besondere Rolle ein, da sie sich am besten in die Rolle von Ankommenden versetzen können.

Es wurde aber auch darauf verwiesen, dass es einer Koordination des Ehrenamts innerhalb der Kommunen und einer Professionalisierung durch Begleitung, Coaching und Supervision der Ehrenamtlichen bedürfe. Was jedoch auch immer wieder deutlich werde, sei, dass sich Ehrenamtliche ungern koordinieren lassen, so *Bernd Mesovic von Pro Asyl*. Wichtig sei dennoch, dass sich Ehrenamtliche an jemanden in der Verwaltung wenden können. Auf Seiten der Kommunen fehle es in dieser Hinsicht jedoch oftmals an erfahrenem Fachpersonal, die z.B. eine berufsbegleitende, soziale Ausbildung genossen haben.

Eine besondere Rolle nehmen die Migrantenorganisationen als Mittler und Brückenbauer ein. Sie sollten weniger als Dienstleister denn als strategische Partner von den Kommunen wahrgenommen werden. Mamad Mohamad betonte, dass für die Ankommenden vor allem die Rolle der Hilfsbedürftigen, die sie in der Aufnahmegesellschaft einnehmen, schwierig sei. Besonders wichtig sei die bedarfsgerechte Unterstützung von Ankommenden und dass ihnen alltägliche Dinge erklärt werden, wie das Bedienen eines Ticket-Automaten beim ÖPNV oder der Umgang mit einem Mietvertrag.

Eine ehrenamtliche Tätigkeit sollte den Austausch fördern, Akzeptanz und Verständnis schaffen und möglichst keine Lücken in der Verwaltung füllen. Insgesamt sollte Helfern auch der Weg vom Ehrenamt ins Hauptamt durch Ausbildungsmöglichkeiten, Weiterbildungen etc. ermöglicht werden.

Der Übergang vom Ehren- ins Hauptamt sei auch vor dem Hintergrund zu fördern, dass bestimmte Aufgaben nicht von der Verwaltung an die Zivilgesellschaft delegiert werden sollten, so *Dr. Jutta Aumüller*. Schon jetzt seien viele Helfer aufgrund der Anforderungen ausgebrannt, außerdem fehle häufig die emotionale Distanz. Zum Teil führten Unsicherheiten oder Impulstätigkeiten unqualifizierter Helfer zu Problemen. Jede Stadt, so Mamad Mohamad, müsse für sich herausfinden, wie die Organisation und Koordi-

nation am besten funktioniere, aber in jedem Fall seien – laut *Paola Fabbri Lipsch* – Seelsorger für die freiwilligen Helfer und Ehrenamtlichen wichtig.

Zudem gehe es darum, etwas mit statt für MigrantInnen zu tun und gemeinsam einen Lernprozess zu durchlaufen. Dem Quartiersmanagement, so *Nicole Graf vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit*, komme hier eine besondere Bedeutung zu, da die Ankommenen mit der Aufnahmegesellschaft im Stadtteil zusammen kommen. Stadtteilzentren, Räumlichkeiten etc. könnten über die Städtebauförderung (z.B. Soziale Stadt) gefördert werden.



## **Anlage 1**

### **Programm Fachgespräch**

**Flüchtlinge im Fokus – neue Herausforderungen für die Kommunen  
am Dienstag, 8. Dezember 2015**

- 13.00 Uhr Begrüßung**  
Prof. Dip.-Ing. Martin zur Nedden, Deutsches Institut für Urbanistik
- 13.10 Uhr Themenkomplex: Kommunale Integrationspolitik**  
Impulsbeitrag: Jan Hambura, Beirat für Zusammenhalt, Berlin  
Gesprächsleitung: Gudrun Kirchhoff, Deutsches Institut für Urbanistik
- 14.30 Uhr Themenkomplex: Wohnen**  
Impulsbeitrag: Jürgen Schweinberger, Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg  
Gesprächsleitung: Ricarda Pätzold, Deutsches Institut für Urbanistik
- 15.45 Uhr Kaffeepause**
- 16.00 Uhr Themenkomplex: Bürgerschaftliches Engagement**  
Impulsbeitrag: Mamad Mohamad, Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen Anhalt (LAMSA e.V.)  
Gesprächsleitung: Dr. Bettina Reimann, Deutsches Institut für Urbanistik
- 17.00 Uhr Kurzes Fazit**  
Gudrun Kirchhoff, Deutsches Institut für Urbanistik
- 17.15 Uhr Ende der Veranstaltung**

## Anlage 2

### Teilnehmerinnen- und Teilnehmer

**Dr. Jutta Aumüller**

Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

**Michael Mwa Allimadi**

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

**Dr. Doris Dickel**

Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

**Nicole Graf**

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

**Jan Hambura**

Beirat für Zusammenhalt, Geschäftsstelle beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V.

**Werner Hülsmann**

Landkreis Osnabrück, Integrationsbeauftragter

**Imke Juretzka**

Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Abt. Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration

**Dr. Andreas Kapphan**

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

**Prof. Dr. Karl-Dieter Keim**

ehemals Leibniz-Institut

**Gudrun Kirchhoff**

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

**Rüdiger Knipp**

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

**Kerstin Landua**

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

**Martin Lauterbach**

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

**Paola Fabbri Lipsch**

Stadt Neu-Isenburg, Beauftragte für Integration und Vielfalt

**Olaf Mangold**

GdW, Bundesverband deutscher, Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.

**Bernd Mesovic**

Förderverein Pro Asyl e. V.

**Mamad Mohamad**

Landesnetzwerk der Migrantenorganisation Sachsen-Anhalt, LAMSA e. V.

**Dr. Anja Nelle**

Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V., (IRS)

**Ricarda Pätzold**

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

**Magdalene Rakel**

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

**Dr. Bettina Reimann**

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

**Dr. Klaus Ritgen**

Deutscher Landkreistag

**Jürgen Schweinberger**

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg

**Dr. Hanna Sommer**

Deutscher Städtetag

**Claudia Walther**

Bertelsmann Stiftung

**Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden**

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH